



HESSISCHER LANDTAG

20. 04. 2016

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die steigende Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund. Er ist besorgt, dass dumpfe ausländerfeindliche Parolen, die etwa im Rahmen von Kundgebungen, auf Veranstaltungen rechtsextremistischer Parteien oder in sozialen Netzen regelmäßig vorkommen, bei einer Vielzahl von Menschen fruchten und im Zuge einer aufgeladenen Diskussion die Hemmschwelle sinkt, in der sich Straftäter berufen fühlen, die menschenverachtende Ideologie von Rechtsextremisten zu exekutieren. Vor allem die bundesweit enorm gestiegene Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte ist ein trauriger Beleg hierfür. Der Landtag ist daher bestrebt, Rechtsextremismus im Schulterschluss aller Demokraten zu bekämpfen und Zusammenhalt und Gemeinsinn in der Gesellschaft zu stärken.
2. Die Wahlerfolge extremistischer, rassistisch oder fremdenfeindlich agitierender Parteien sind besorgniserregend. Extremismus und Rassismus lehnt der Landtag entschieden ab. Rechtsextreme Gewalt hat in Hessen keinen Platz. Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Identität nimmt der Landtag nicht hin. Ihr ist auf allen staatlichen Ebenen zu begegnen. Auch das bereits vielfach vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement ist unerlässlich, um die Werte und Errungenschaften unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Hessen ist ein weltoffenes, von Internationalität und Vielfalt geprägtes Land. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar.
3. Der Landtag unterstützt das Ziel, Probleme des Rechtsextremismus klar zu benennen und diesen zu bekämpfen. Die damit einhergehende Debatte kann auch dafür sorgen, den Fokus wieder mehr auf das Leid und die schrecklichen Erlebnisse der bei uns Schutz Suchenden zu lenken. Diese Menschen müssen wieder mehr als Individuen wahrgenommen werden und nicht als anonymisierte und bedrohliche Masse. Letzteres kann Ängste in der Bevölkerung hervorrufen und zu einer Entsolidarisierung beitragen.
4. Der Landtag ruft alle demokratischen Parteien auf, zusammenzustehen und auch bei der künftigen Arbeit in den Parlamenten klare Signale gegen Extremisten zu senden. Der Landtag ist sich seiner Aufgabe bewusst, Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und weiterhin berechtigte Anliegen aufzugreifen. Zugleich betont der Landtag, dass Fremdenhass, die Verklärung des Nationalsozialismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus oder das Absprechen der Menschenwürde nicht akzeptabel sind. Der Landtag tritt allen Versuchen entgegen, Hass und Gewalt in die Gesellschaft zu tragen.
5. Der Landtag unterstützt die Anstrengungen der Landesregierung, Rechtsextremismus entschlossen zu bekämpfen. Der Landtag hat daher mit dem Haushalt 2016 die Mittel für das Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" mit zusätzlich 2,8 Mio. € annähernd vervierfacht. Der Landtag begrüßt die neu geschaffene Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Er würdigt die Arbeit des Demokratiezentrum. Dieses liefert ein umfassendes Beratungsangebot insbesondere gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und trägt so zu einem friedlichen, offenen und toleranten Hessen bei.

6. Der Landtag begrüßt zivilgesellschaftliche, friedliche und demokratische Initiativen gegen Rassismus. Der Landtag betont, dass es die freie Entscheidung jeder Person ist, Aufrufe mit zu unterzeichnen und an Bündnissen innerhalb der Gesellschaft teilzunehmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. April 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)